Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Tagesordnungspunkt

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Datum: 25.03.2019

Antrag
Drucksache Nr.

Antragsteller	Fraktion DIE LINKE Karsten Jagau/ ASK
Bearbeiter:	
Telefon:	0385/545-2957

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

☐ Finanzen und Rechnungsprüfung ☐ Hauptausschuss ☐ Stadtvertretung

☐ Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung

☐ Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften

☐ Soziales und Wohnen

☐ Kultur, Sport und Schule

☐ Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen

☐

Beschluss am:		

Betreff

ICAN Appell zur Abschaffung von Atomwaffen unterzeichnen

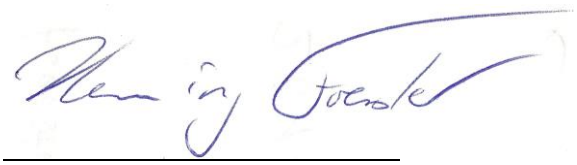
Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich dem Appell von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear weapons) zur Abschaffung von Atomwaffen anzuschließen. Er soll den Appell mit ff. Wortlaut unterzeichnen.
„Die Landeshauptstadt Schwerin ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest davon überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern nachdrücklich die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Begründung

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN, wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Mit der Unterschrift unter den Appell würde die Landeshauptstadt Schwerin ihr für Frieden und eine atomwaffenfreie Welt fortsetzen. Sie ist bereits Mitglied der Initiative „Mayors for Peace“ beschlossen. Andere Städte wie Mainz, Wiesbaden, Marburg, Köln und zuletzt auch Potsdam sind bereits Unterzeichner. Aus Sicht der Antragsteller kennt das Engagement für Frieden und Völkerverständigung keine Zuständigkeiten. Wir teilen die Auffassung des Potsdamer Oberbürgermeisters Mike Schubert (SPD), der bei Unterzeichnung des Appells darauf hinwies, dass „wir alle als Menschen dazu verpflichtet sind, egal ob wir politisch in der Stadt, im Land oder im Bund wirken.“



Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE